

Blickpunkt



Informationen aus Politik, Stadt und Kreis **DKP** Nr. 01 April/Mai 2018 Jahrgang 47

V.i.S.d.P.: DKP Heidenheim Wilhelm Benz

Gesundheitsvorsorge darf nicht am Gewinn orientiert sein!

Wir sind Heidenheim! Wir sind das Klinikum!

Das war ein Aufruf der Klinikumbeschäftigten, den letztendlich 5404 Bürger und Bürgerinnen unterzeichneten. Am 14. März wurden die Unterschriften im Klinikum von rund 80 Mitarbeitern und Unterzeichnern dem Aufsichtsrat -vornehmlich Landrat Reinhardt- übergeben.



Das Klinikum Heidenheim ist für eine gute Lebensqualität in der Stadt und dem Kreis unverzichtbar. Stellenabbau bedeutet eine zusätzliche Belastung für die Beschäftigten und gefährdet die Versorgungsqualität der Patienten. Deutschlandweit fehlen in den Krankenhäusern 162 000 Mitarbeiter. In Heidenheim fehlen jetzt schon 197. Nun sollen weitere Stellen abgebaut werden, obwohl die heutige Arbeitsbelastung die Beschäftigten an ihre Grenzen führt. Eine solche Politik ist schädlich für die Versorgung der Patientinnen und Patienten. Im Aufruf heißt es: *„Eine gute Gesundheitsversorgung ist elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge sowie der sozialen Versicherungssysteme und liegt in der Verantwortung des Staates. Gesundheit darf keine Ware sein und wir Kolleginnen und Kollegen sind mehr als Kostenträger. Ziel unserer Arbeit ist die Versorgung unserer Patientinnen und Patienten mit fachlich höchstem Anspruch“.*

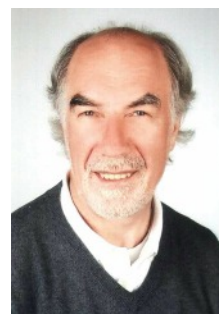
Auch die DKP sagt: „Bund und Länder müssen ihrer Verpflichtungen nachkommen und mehr Geld in die Krankenhäuser investieren damit diese aus ihren schlechten finanziellen Situationen herauskommen“.

Gesundheitsversorgung ist an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten und die Vorbeugung steht im Mittelpunkt.

Keine Privatisierung von Kliniken

Fast 40 Prozent aller kommunalen Krankenhäuser in Deutschland sind schon in der Hand privater Betreiber. Es ist immer dasselbe Vorspiel. Die roten Zahlen werden größer. Personal wird reduziert, bis es nicht mehr geht. Billiglohnsektoren, wie etwa eine Wäscherei, werden ausgelagert. Tarifverträge werden gekündigt. Irgendwann lässt sich eine Übernahme nicht mehr abwenden. Die großen Konzerne machen das nicht aus Wohltätigkeit. Die wollen nur eines: Viel Geld verdienen. Dazu pressen sie die Kliniken aus. Dahinter steckt die Gewinnmaximierung aller an der Gesundheitsindustrie beteiligten Unternehmen.

Ist ein Klinikum ein Unternehmen das Gewinne machen muss? **Nein**, sagt die DKP.



Reinhard Püschel
DKP Stadtrat

Die DKP Heidenheim steht fest an der Seite der Kolleginnen und Kollegen des Klinikum. Wenn es um Pflege und Vorsorge geht, mischen wir uns für sie ein.

**Mehr von Euch
ist besser für uns alle!**

Aufstehen gegen Rassismus

„Aufstehen gegen Rassismus! Für ein buntes und solidarisches Baden-Württemberg!“ Unter diesem Motto rief ein breites Bündnis aus mehr als 30 Organisationen und Parteien, darunter auch die DKP, zu einer Demonstration und Kundgebung gegen den AfD -Landesparteitag Baden-Württemberg in Heidenheim auf. Trotz eisiger Kälte kamen über 800 Teilnehmer zur Demonstration durch die Innenstadt und anschließenden Kundgebung vor das Congress Centrum auf den Schlossberg. In Abwechslung mit Redebeiträgen und Musikeinlagen, Essen - und Getränkeangeboten konnten die Kundgebungsteilnehmer mehrere Stunden ihren Protest gegen Hass, Volksverhetzung und Rassismus zum Ausdruck bringen.



Abrüsten statt Aufrüsten!

Für dieses Ziel demonstrierten tausende Menschen bei den Ostermärschen.

Für Abrüstung will die Friedensbewegung mindestens 100 000 Unterschriften in Deutschland sammeln. 2014 verpflichteten sich die NATO-Staaten dazu, bis 2024 mindestens 2 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Rüstung und Militär auszugeben. Für Deutschland würde das bedeuten, den jetzigen „Verteidigungshaushalt“ von knapp 34 Milliarden Euro auf ca. 74 Milliarden zu erhöhen. Dieses Geld fehlt bei den Schulen, Kitas, öffentlichem Nahverkehr, in den Krankenhäuser und im sozialen Wohnungsbau. Auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz versprach Ministerin von der Leyen den Bündnispartnern: „Deutschland steht zu seinen Vereinbarungen mit der NATO“. Postwendend wurde kampagnenartig ein desaströses Bild von der Ausrüstung der Bundeswehr gezeichnet und die Fähigkeit zur Landesverteidigung in Frage gestellt. Ein durchsichtiges Manöver, bei dem es in Wirklichkeit darum geht, den Widerstand gegen eine neue gigantische Aufrüstungsrunde auf Kosten der Bevölkerung zu brechen. Militär löst keine Probleme! Deshalb gingen wieder tausende Menschen bei den Ostermärschen auf die Straße um der Bundesregierung klar zu machen, dass es besser ist Spannungen abzubauen, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit zu schaffen.



20. UZ-PRESSEFEST

DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

KONSTANTIN WECKER
ESTHER BEJARANO
& MICROPHONE MAFIA

CALUM BAIRD * KAI DEGENHARDT
KLAUS DER GEIGER * JANE ZAHN
ERICH SCHAFFNER U.V.M.

KLEZMER * PUNK
LIEDERMACHER
RUMBIA * SKA

THEATER * LESUNGEN
FLOHMARKT * KINDERFEST
BÜCHERMARKT * DISKUSSIONEN
AUSSTELLUNGEN * FILME
GRAFIKEN VON DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN

DKP
www.dkp.de

7. - 9. September 2018
Revierpark Wischlingen
Dortmund

Mitglied in der DKP werden!

Bitte schickt mir kostenlos und unverbindlich

- Informationen über die DKP
- Probeausgaben der UZ -Die Zeitung der DKP-
- Einen Aufnahmeantrag als Mitglied der DKP

Name, Vorname:	_____
Straße:	_____
PLZ, Ort:	_____
eMail:	_____
Telefon:	_____

Bitte einsenden an: Wilhelm Benz, Schumannstr. 3, 89518 Heidenheim

Insektensterben:

Die Lage ist ernst !

Der Schwund an Schmetterlingen, Bienen und Co. ist dramatisch. Im vergangenen Jahr hat eine Langzeit-Studie belegt, dass die Gesamtmasse der Insekten in Deutschland innerhalb von 27 Jahren um drei Viertel abgenommen hat.

Insekten haben eine große Bedeutung, weil sie Lebensgrundlage für sehr viele Tier in der nachgelagerten Nahrungskette sind: Vor allem Vögel, aber auch Igel, Amphibien und kleinere Reptilien. Und die wiederum sind Nahrungsgrundlage für größere Tiere: Schlangen, Störche oder Marder. Zum anderen werden die Insekten auch für die Landwirtschaft gebraucht. So werden etwa die Hälfte von Obst und Gemüse, das wir essen, von Insekten bestäubt. Vor allem sind es Bienen und Schmetterlinge. Manche dieser Arten befinden sich bereits sehr nahe am kritischen Kipp-Punkt, ab dem ihr Verschwinden nicht mehr aufzuhalten sein wird.

Die DKP meint: Wir brauchen eine völlige Neuausrichtung der Landwirtschaft weg von Intensivierung, weniger oder keinen Einsatz von Stickstoff, Pestiziden, Neonikotinoiden oder Totalherbiziden. Die vernichten alles – auch Wildkräuter, Gräser und Grünstreifen, die Insekten Lebensraum und Nahrungsgrundlagen bieten. Wie unsere Landespolitik darauf reagiert, zeigte sich unlängst an den Äußerungen des Landwirtschaftsministers Peter Hauk (CDU). Auf eine Forderung des Nabu habe er gesagt, „was die Landwirte ausbringen, gehe die Bevölkerung nichts an.“



„Hansegispass“? Nein Danke

Der von der Stadt Heidenheim geplante Pass im Osterholz hilft mit, dass große Wald- und Wiesenflächen zerstört werden.

Die DKP steht voll und ganz hinter der Initiative, die diese Naturzerstörung verhindern will.

Spende!

Wir benötigen Deine/Ihre Unterstützung
Unsere Arbeit, vor allem unsere gedruckten
Veröffentlichungen kosten Geld!
Auch kleine Beträge sind herzlich willkommen!

DKP Heidenheim

IBAN: DE03 6325 0030 0000 4139 03

BIC: SOLADES1HDH

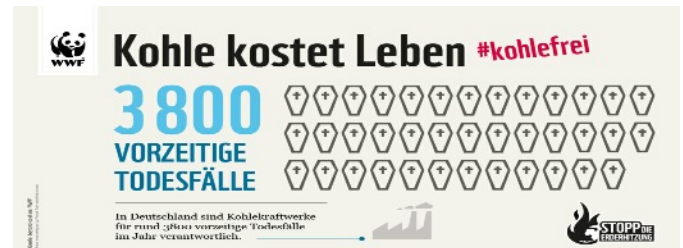
Kreissparkasse Heidenheim

Kohlekraft kostet Leben

WWF-Umfrage zum Weltgesundheitstag

Kohle macht krank und tötet.

Die gefährlichen Abgase aus den Kohlschlotten heizen unser Klima an – und sie schaden unserer Gesundheit. In Deutschland sind Kohlekraftwerke für rund 3800 vorzeitige Todesfälle im Jahr verantwortlich, so die Ergebnisse von Europe Beyond Coal. 79.000 Asthmaanfälle bei Kindern gehen auf ihr Konto. Und die Kosten dieser Gesundheitsauswirkungen belaufen sich auf 10,5 Milliarden Euro im Jahr.



Mehr als ein Drittel der Menschen in Deutschland sieht Luftverschmutzung und Gesundheitsgefährdung als ausschlaggebende Gründe für die Notwendigkeit des Kohleausstiegs. Das hat eine Umfrage im Auftrag des WWF anlässlich des Weltgesundheitstags am 7. April ergeben. Danach sprechen sich **71 Prozent der Bevölkerung für einen schnellen Kohleausstieg** aus, als zentralen Grund für den Kohleausstieg sehen 33 Prozent die Klimawirkung, 22 Prozent die Luftverschmutzung und 13 Prozent die Gesundheitsgefahren durch die Verbrennung von Kohle.

Der Kohleausstieg braucht Deine Unterstützung

Schon mehr als 70.000 Menschen haben eine Compact-Petition unterzeichnet. Denn seit neun Jahren ist Deutschlands CO₂-Ausstoß nicht mehr gesunken, stattdessen rauchen die Kohlschlote. Die Bundesregierung muss sofort und entschlossen handeln und jetzt den Kohleausstieg beschließen.

Wir können nicht warten, bis die noch zu gründende Kohlekommission Ergebnisse erarbeitet hat. Mit jedem Tag sammeln sich weitere Schadstoffe und Treibhausgase in unserer Luft und Atmosphäre. **Die Regierung muss mit Sofortmaßnahmen gegensteuern!**

*Unsere Umwelt ist sehr stark gefährdet,
In Deutschland und auf der ganzen Welt.
Wir müssen jetzt etwas tun,
bevor es zu spät ist!*

Wilhelm Benz, DKP Kreisvorsitzender, aktiver Gewerkschafter und Umweltschützer



Armut in unserer Stadt

Der Europäischen Rat beschloss 1984 folgende Definition für Armut: *Personen gelten dann als arm, wenn sie „über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“.*

Unser neuer Gesundheitsminister Jens Spahn trat die Armutsdiskussion mit seinen menschenverachtenden Äußerungen wieder los. Wie in der oberen Definition bereits erwähnt, sind viele Menschen durch ein geringes Einkommen und / oder Ersatzeinkommen wie Harz IV, Sozialhilfe oder Krankengeld, von der in unserem Land üblichen Teilhabe am sozialen Leben ausgeschlossen. Es ist nicht der Hunger, der die armen Menschen in unserem reichen Staat krank macht, sondern der soziale Ausschluss.

Unter den geringen Einkünften der Eltern leiden insbesondere die Kinder. Die Zahlen aus dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Baden Württemberg stammen von 2013. Darin wird die Kinderarmut im Kreis Heidenheim mit 9,1% angegeben. Als sozial ausgrenzend wurden dabei die geringere Wohnfläche und die teuren Freizeit- und Betreuungsangebote genannt.



Die DKP Heidenheim und ihr Stadtrat Reinhard Püschel haben diese Thema mit Anträgen an den Gemeinderat immer wieder in die Öffentlichkeit gebracht und Abhilfe gefordert. Wie bereits oben erwähnt, sind die bisherigen Bildungs- Kultur- und Freizeitangebote mit Geld verbunden. Diese müssten für Schüler und Auszubildende kostenlos sein. Als Beispiel sei hier erwähnt die Nutzung von Sportanlagen (darunter Hallen- und Freibad), Eintritt in Museen, der Unterricht in der Musikschule, städtische Betreuungsangebote wie Kindergarten, Kinderhort und von der Stadt mitfinanzierte Freizeitangebote, Beförderungsbeihilfen sowie kostenloses oder verbilligtes Schulessen.

Daneben erachten wir auch für wichtig, für die von der Armut betroffenen Heidenheimer eine Informationsstelle einzurichten. Dort könnten sich diese Menschen über finanzielle Hilfen informieren.

Woher soll das Geld kommen? Beispielsweise durch die Erhöhung der Gewerbesteuer. So hätte der Gemeinderat die Möglichkeiten, die Mehreinnahmen primär zu Gunsten der ärmeren Mitbewohner auszugeben.

Renata Eckhoff

Mehr Geld im öffentlichen Dienst

Nach zähen Verhandlungen gab es einen Tarifabschluss.

Rückwirkend zum 1. März 2018 3,2 %;
am 1. April 2019 3,1 % und
am 1. März 2020 1,06 %!

Mit einer Laufzeit von 30 Monaten.

250,- € Einmalzahlung für die Entgeltgruppen 1–6! Anstatt des geforderten Sockelbetrages, gegen das starke Auseinanderklaffen der Entgeltgruppen, konnten verschiedene Entgelte, hauptsächlich die unteren, extra verbessert werden.

Mehr Geld und Urlaub für Azubis. Sowie einige Regelungen im Manteltarifvertrag,

Die Warnstreiks waren richtig und wichtig. W.

Brenzbahnausbau verteuert sich

Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern!

Man kann sich noch gut erinnern als Heidenheimer Politiker wie OB Ilg und exMdB Brunnhuber uns großmundig versprochen haben, wenn der Stuttgarter Hauptbahnhof tiefer gelegt wird, wird auch der Ausbau der Brenzbahn davon profitieren. Das waren natürlich nur Aussagen, um die Menschen dazu zu bewegen bei der Volksabstimmung im Jahr 2011 für Stuttgart 21 zu stimmen.

Heute ist das Bahnprojekt S 21 für viele Menschen nur noch ein Grund zum Kopfschütteln. Denn es strotzte nur so vor Planungsmängeln, Regelverstößen, Ausnahmegenehmigungen und immer mehr Tricks hinsichtlich Bauzeit, Leistungsfähigkeit, Risiken und Kosten. Von einstmalig geplanten Baukosten von 2,8 Mrd. Euro werden jetzt schon mindestens 10 Mrd. Euro erwartet.



Die Brenzbahn gehört mittlerweile zu den schlechtesten Bahnstrecken in unserem Land. Viele Zugausfälle und Verspätungen führen dazu, dass Schüler viel zu spät oder gar nicht zum Unterricht und arbeitende Menschen zu spät zur Arbeit kommen. Auf die Brenzbahn ist kein Verlass mehr. Dazu kommt, dass sich auch die Gleisbaukosten von einstmalig 24 Mio. auf jetzt 66 Mio. Euro steigerten. Die Heidenheimer Zeitung sprach in ihrem Bericht zu Recht von einem „Schock“. Und was denken die oben genannten Heidenheimer Politiker?

Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern!